



I - Fachbereich I (Ordnung und Soziales)

**Landwirtschaftlicher Schwerlastverkehr Ringstraße und Leie-Siedlung;
Anfrage der Ratsfrau Uschi Liehn / SPD-Fraktion, vom 05.04.2015**

Gremium	Status	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	Ö	28.04.2015	Kenntnisnahme

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat sich in seiner Sitzung III/20 am 07.05.2014 aufgrund einer Anfrage der SPD-Fraktion/Ratsherr F. Mederlet unter TOP 1.7.2 mit der Thematik befasst. Die Verwaltung hat in ihrer Antwort Verkehrszählungen angekündigt. Sie wurde aufgefordert, über die Ergebnisse der Zählungen in der nächsten Ausschusssitzung zu berichten. Eine Berichterstattung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 26.11.2014 unter TOP 1.9.5.. Seinerzeit ist fragebezogen geantwortet worden und auf die Ergebnisse der durchgeführten Verkehrszählungen an der Messstelle (Messpunkt) Flurstraße 34 hingewiesen worden. Ein Handlungsbedarf für bauliche bzw. zusätzliche straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen ist im November durch die Verwaltung nicht gesehen worden.

Aufgrund der in der örtlichen Presse erfolgten Berichterstattung zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 26.11.2014 ist bei der Verwaltung eine telefonische Bürgerbeschwerde über die durchgeführte Verkehrszählung und den gewählten Messpunkt eingegangen. Dem Beschwerdeführer wurde dabei eine neuerliche Verkehrszählung zugesagt. Diese ist im Zeitraum vom 12.12.2014 – 19.12.2014 in Höhe Flurstraße 5 durchgeführt worden.

Zielte die erste Messung aufgrund der Fragestellung des Antrages nach dem Anteil des Schwerlastverkehrs vorwiegend auf die Art und Anzahl der Fahrzeuge ab, so zielte diese neuerliche Messung in Bezug auf die Bürgerbeschwerde nun insbesondere auf die dort gefahrenen Geschwindigkeiten ab. Als Ergebnis dieser Messung durch die Verwaltung kann festgehalten werden, dass der dabei erfasste Anteil von Geschwindigkeitsübertretungen mit 76,41 % sehr hoch war.

Die Überwachung angeordneter Geschwindigkeitsbeschränkungen liegt im Zuständigkeitsbereich der Polizei bzw. der jeweiligen Kreise oder kreisfreien Städte. Die Ergebnisse aller durch die Stadt durchgeführten Verkehrszählungen werden daher auch automatisch der Kreisbußgeldstelle des Oberbergischen Kreises zur Verfügung gestellt. Diese Behörde hat aufgrund des vorgelegten Ergebnisses selbst noch einmal eine Messung in der Zeit vom 16.01. - 22.01.2015 an gleicher Stelle durchgeführt. Auch diese Messung verzeichnete einen Anteil von Geschwindigkeitsübertretungen von 66,12 %.

Die Kreisbußgeldstelle hat der Verwaltung mit E-Mail vom 26.01.2015 mitgeteilt, dass sie aufgrund der Messergebnisse dort Messstellen für mobile Geschwindigkeitsmessungen einrichten wird, an denen künftig in unregelmäßigen Abständen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

Die Kreispolizeibehörde Gummersbach äußert sich in ihrer Stellungnahme wie folgt:

„Die sporadischen Geschwindigkeitsmessungen des Kreises zur Reduzierung der V 85 im Bereich der Flurstraße werden keinen nachhaltigen Erfolg mit sich bringen. Dies haben verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Thema ergeben.

Alleine eine bauliche Gestaltung der Zone, welche den gewünschten Charakter deutlich macht, wird auf lange Sicht das Geschwindigkeitsniveau spürbar senken.

Ob diese Maßnahmen baulicher Art, durch Aufpflasterungen, Verschwenkungen oder die Markierung von alternierenden Parkflächen geschehen, ist dabei nachrangig. Aus polizeilicher Sicht und im Interesse der Verkehrssicherheit, ist daher eine bauliche Gestaltung der Zone notwendig um den gewünschten Effekt zu erzielen.“

Da es sich jedoch, wie oben ausgeführt, aus Sicht der Verwaltung zunächst um die Problematik der Überwachung einer bereits angeordneten Geschwindigkeitsbeschränkung in einer Tempo-30-Zone handelt, deren Einhaltung künftig auch durch die Kreisbußgeldstelle überwacht wird, sollte in einem ersten Schritt zunächst der Erfolg dieser Kontrollen und der damit zusammenhängenden Verwarnungen und Bußgeldverfahren abgewartet werden, bevor über bauliche Maßnahmen entschieden wird.

Anlage:

Anfrage der SPD-Fraktion